

die willkürliche Einteilung unser Bezirk so zerrissen wurde, dass es unmöglich ist, zur Generalversammlung einen Vertreter zu erlangen, was jedoch in Anbetracht unserer misslichen Verhältnisse sehr notwendig wäre. Die Steindrucker unserer 7 Zahlstellen wählen z. B. in drei verschiedenen Wahlkreisen; auch wurde hervorgehoben, dass durch das bunte Zusammenwürfeln von Zahlstellen, welche hunderte von Kilometern von einander entfernt liegen, das Interesse an der Wahl erlahmt. Denn wie soll z. B. eine Verständigung in Kandidatenfragen zwischen Königsberg und Stettin einerseits und Waldenburg und Freiburg andererseits erreicht werden, das hätte uns doch der Hauptvorstand und Ausschuss gefälligst verraten sollen. Es wird eine Verständigung mit Breslau gesucht; die Breslauer Delegierten erklären, für die Lithographenkandidatur des Bezirks eintreten zu wollen, die Druckerkandidatur wollen sie jedoch ihrer Zahlstelle vorbehalten wissen, versprechen aber gleichzeitig, falls in Breslau keine Kandidatur zu stande kommt, den vom Bezirkstag in Vorschlag gebrachten Kollegen Zappe zu unterstützen. Schliesslich wurde ein Antrag Freiburg mit einem Zusatz des Kollegen Heinze-Schweidnitz in folgender Fassung angenommen:

«Anschliessend an den Protest unseres Bezirksvorortes in No. 21 der »Gr. Pr.« fast der heutige Bezirkstag nach eingehender Debatte über diesen Punkt folgenden Antrag: Falls Breslau auf sein Druckermandat nicht verzichtet und der im Stettiner Wahlkreis aufzustellende Kandidat nicht gewählt wird, wird beschlossen, den im Stettiner Wahlkreis aufgestellten Kollegen aus Bezirksmitteln zur Generalversammlung zu senden, sprechen aber gleichzeitig die Hoffnung aus, dass sich die Generalversammlung unserer wohlberechtigten Forderung einer Vertretung daseibst nicht verschliessen wird und uns die Kosten derselben zurückerstatten wird.»

Darauf wurden folgende Kandidaten zur Generalversammlung einstimmig aufgestellt:
Wahlkreis Breslau, Lithographen: Kollege Höder, Lithograph in Glogau.

Wahlkreis Stettin, Steindrucker: Kollege Max Gillner, Steindrucker in Freiburg.

Im Wahlkreise Breslau, Steindrucker, wurde Kollege Zappe, Steindrucker in Schweidnitz vorgeschlagen, die entgeltliche Entscheidung bleibt jedoch der Zahlstelle Breslau überlassen.

Zur zweiten Beratung standen folgende Anträge:
Glogau: Wie stellt sich der Bezirkstag zur Erhöhung der Beiträge?

Altwasser: Antrag zur Generalversammlung: Die Beiträge von 50 auf 60 Pf. zu erhöhen, die Unterstützungen jedoch weiter ausbauen, wobei besonders diejenigen Mitglieder zu berücksichtigen sind, welche eine längere Karenzzeit zurückgelegt haben.

Nach einer längeren Debatte, in welcher das Für und Wider ausgiebig erörtert worden ist, wurde Antrag Altwasser gegen eine Stimme (Bunzlau) angenommen.

Kollege Gillner-Freiburg befürchtete einen Rückgang der Mitgliederzahl, besonders der Schleifer infolge der Beitragserhöhung und beantragte Einführung zweier Beitragsklassen und Unterstützungs-klassen. Klasse A mit 60 Pf., Klasse B mit 30 Pf. Wochenbeitrag.

Hoffmann-Breslau legt eine Unterstützungsstaffel vor.

Glogau beantragte zur Generalversammlung: Die Umzugskosten sind von der Arbeitslosen-Unterstützung zu trennen. Der Generalversammlung wird anheim gestellt, die Höhe der Umzugskosten fest zu setzen.

Antrag Glogau wurde mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen, wodurch Antrag Gillner und Hoffmann erledigt wurden. Ein Zusatzantrag Gillner wurde einstimmig angenommen: Mitgliedern, welche 10 Jahre dem Verein angehören, kann ausserdem noch eine Notdurftsunterstützung in Höhe von 40 Mk. gewährt werden.

Hierauf vertagte der Vorsitzende die Versammlung auf eine Stunde.

Nach einstündiger Pause eröffnete Kollege Zappe die Nachmittags-Sitzung des Bezirkstages. Die unterbrochene Debatte wurde beim 2. Punkt der Tagesordnung »Stellungnahme zur Generalversammlung wieder aufgenommen. Der Bezirk Frankfurt a. Main sandte ein umfangreiches Schriftstück mit Anträgen zur Generalversammlung dicht beschrieben zur Beratung und eventuellen Unterstützung. Einige davon, wichtige Anträge wurden beraten. Antrag betreffs Abschaffung der Heimarbeit, obwohl schon nach dem jetzigen Statut selbstverständlich fand, einstimmige Unterstützung. Dagegen wurden die Anträge betreffs die Unterstützungsätze und Ablehnung der Beitragserhöhung ohne Debatte abgelehnt, weil sie unseren Beschlüssen zuwider laufen. Ein weiterer Antrag nach dem die Mitglieder nicht mehr durch die Lokal-Verwaltungen, sondern durch den Hauptvorstand aufgenommen werden sollen, ähnlich wie im Senefelder-Bunde, wurde der Umständlichkeit halber ebenfalls einstimmig abgelehnt. Da im übrigen die Frankfurter Anträge nur Kleinigkeiten und redaktionelle Änderungen betrafen, die Zeit des Bezirkstages jedoch knapp bemessen war, wurde das Ganze unseren aufgestellten Kandidaten im Falle einer Wahl als Material überwiesen.

Gillner-Freiburg führte aus: Unsere Generalversammlungen sind zu teuer, die Zahl der Delegierten im Verhältnis zu anderen Gewerkschaften

zu gross und beantragte: Zur Generalversammlung wählen je 300 Mitglieder je 1 Delegierten. Die Einteilung der Wahlkreise ist so zu regeln, dass jede Provinz vertreten ist. Den einzelnen Provinzen oder Bezirken ist es freigelassen, durch wem sie sich vertreten lassen wollen, ob Drucker oder Lithographen u. s. w. Heinze-Schweidnitz bekämpfte diesen Antrag, danach kämen die kleineren Zahlstellen noch weniger zu ihrem Recht als bisher, ausserdem würde die folgende Generalversammlung wieder das Bild einer Drucker-Vertretung bieten, auch er will jedoch sparen und beantragte zur Generalversammlung: § 36. Die Branchenvertretung ist zu belassen, die Wahlkreise auf 200 Mitglieder zu erweitern.

Auch dieser Antrag wurde bekämpft, schliesslich aber doch mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen. Antrag Gillner wurde mit 11 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Ein Zusatzantrag Gillner zu § 36. Die Generalversammlung hat stets im Mittelpunkt Deutschlands stattzufinden und sind grosse Abweichungen nach Osten und Westen streng zu vermeiden, wird einstimmig angenommen.

Zahlstelle Freiburg stellte folgenden Antrag: Die Organe des Vereins sollen dafür sorgen, dass in keramischen Druckereien keine Lehrlinge ausgebildet werden. Kollege Puffer begründete diesen Antrag. Die Ausbildung der Lehrlinge ist in dieser Branche eine zu einseitige und die jungen Leute können später weder in Chromo- noch in Merkantil-Anstalten ein Unterkommen finden. Rieger-Altwasser, tritt dem entgegen: Dieser Antrag ist zur Zeit undurchführbar, die Begründung ausserdem unzutreffend und stellte folgenden Antrag zur Generalversammlung: Die Generalversammlung möge den Haupt-Vorstand beauftragen, beim Bundesrat vorstellig zu werden, dass Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren in keramischen Druckereien bei der Verarbeitung von Bleifarben nicht beschäftigt werden dürfen.

Bei der darauf folgenden Abstimmung wurde der Antrag Freiburg mit 12 Stimmen abgelehnt, Antrag Rieger mit 12 Stimmen angenommen.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung: Die Gesundheitsverhältnisse in der keramischen Industrie, ergriff Kollege Gillner das Wort. Mit umfangreichem Material ausgerüstet, schilderte der Redner die Gefahren denen die Arbeiter in diesen Betrieben ausgesetzt, wies auf den erschreckend hohen Prozentsatz der Bleierkrankungen unter denselben hin und bekräftigte seine Ausführungen durch den Bericht der Ortskrankenkasse in Freiburg, welcher bereits von der Regierung bewilligt worden ist, die einzige am Orte befindliche keramische Druckerei in die Reihe der gesundheitsgefährlichen Betriebe zu rangieren und von den daselbst beschäftigten Mitgliedern höheren Beitrag zu erheben. Zum Schluss stellte Kollege Gillner den Antrag, den Hauptvorstand und Ausschuss zu ersuchen, der Tagesordnung unserer Generalversammlung den Punkt: »Die Gesundheitsschädlichkeit in der keramischen Industrie« beizufügen. Dieser Antrag, sowie eine Resolution Ruffert, welche dem Herrn Gewerbeinspektor vorgelegt werden soll, wurden einstimmig angenommen.

Der 4. Punkt der Tagesordnung musste abgesetzt werden, da uns das Lokal nicht länger zur Verfügung stand. Unter Punkt 5 wurden gewählt: Kollege Zappe Vorsitzender, Heinze Stellvertreter, Zahlstelle Schweidnitz als Bezirksvorort und Görlitz als Ort des nächsten Bezirkstages. Mit einer kurzen Abschiedsrede und einem stürmisch aufgenommenen »Hoch« auf den Verband schloss Kollege Zappe um 5 $\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags den Bezirkstag. W. R.

Korrespondenzen.

Korrespondenzen ohne Beidruck des Stempels der Zahlstelle oder Filiale finden keine Aufnahme.)

Berlin. Sektion der Steinschleifer Berlin's. Am 1. Juni fand in »Miegels Festsäle« eine gutbesuchte Versammlung der Schleifer statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Geschäftliches. 2. Unsere bevorstehende General-Versammlung und Wahl eines Delegierten. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Zunächst wurden einige Geschäftsangelegenheiten erörtert, dann wählten die Kollegen ein Komitee zur Vorarbeit inbetreff der Kandidatenfrage, demselben gehören folgende Kollegen an »Karge«, Schäfer, Rose, Irmer, Mühlerderlein. Zum Punkt: Unsere General-Versammlung und Wahl eines Delegierten sprach Kollege Aust über die Bedeutung derselben und seine Worte gipfelten dahin, dass es nicht an der Zeit wäre, die Beiträge in die Höhe schnellen zu lassen. Einstimmig wurde Kollege Aust als Delegierter bestimmt und wir bitten die Kollegen von Norddeutschland, darauf Bezug zu nehmen. Folgende Resolution gelangte zur Annahme:

»Die Versammlung der Steinschleifer, Sektion Berlin's, halten eine Erhöhung der Beiträge für nicht angemessen, da unsere Beitragshöhe zur Zeit mit der jeder modernen Organisation Schritt hält.«
Schluss 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.
M. M.

Berlin, Filiale II. Monatsversammlung am 2. Juni. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Wurtzel: Die Wiften im Befreiungskampfe des Proletariats; 2. Diskussion; 3. Wahl eines Wahlkomitees zur Delegierten-Wahl der Generalversammlung und Aufstellung der Kandidaten; 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Versammlung wurde um

8 $\frac{1}{2}$ Uhr eröffnet und beschäftigte man sich, da nur der 1. Vorsitzende anwesend war, zunächst mit dem Wiederaufnahmegesuch des Phographen Waschneck, der vor einiger Zeit wegen Verstoss gegen das Statut ausgeschlossen wurde. Da man von einer Besserung des Betreffenden noch nicht überzeugt war, wurde die Aufnahme abgelehnt. Hierauf wurde das Protokoll der vorigen Versammlung verlesen und bemerkte hierzu der 1. Vorsitzende, dass der Beschluss, mit der heutigen Versammlung um 8 Uhr zu beginnen, darin fehle. Aufgenommen wurden 9 neue Mitglieder. In dem nun folgenden ca. einstündigen Vortrage führte der Referent aus, dass ausser der politischen und gewerkschaftlichen Organisation auch die Konsum-Genossenschaften zu den Waffen des Proletariats gehören. Am Schlusse seines Vortrages ersuchte er die Kollegen, sich den Konsumgenossenschaften anzuschliessen. Eine Diskussion fand nicht statt. Bei Punkt 3 der Tagesordnung bemerkte der Vorsitzende, dass, da die Zeit sehr kurz sei, bereits der Kollege Gensch die Arbeiten des Komitees eingeleitet habe und bei der Wahl zu berücksichtigen sei. Gewählt wurden als Komitee die Kollegen Gensch, Renner und Schulze. Als Kandidaten zur Generalversammlung wurden die Kollegen Hehr, Kubig und Sahm aufgestellt. Von den Hamburger Kollegen ist Kollege Reinhardt, von den Braunschweigern Kollege Mitten-dorf vorgeschlagen. Es schloss sich hieran eine Debatte über die »Gr. Pr.« und führte Kollege K. aus, dass man im allgemeinen mit der Presse zufrieden sein könne, jedoch bemerkte er, dass die Beilage »Gr. Rundschau« noch sehr verbesserungsbedürftig sei. Der Vorschlag, einen technischen Beirat zu wählen, erscheint undurchführbar und bleibt als einziger Ausweg das Einsenden von Gegenartikeln. Der Arbeitsvermittler gab hierauf seinen Monatsbericht, und rügte dann der Schriftführer, Kollege Sch., den frühen Versammlungsbeginn, da die Versammlungen, wenn auch schon um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr eiberufen, doch selten vor 9 $\frac{1}{4}$ Uhr beginnen. Ferner beschwerte er sich, dass er, trotzdem er mit dem 1. Vorsitzenden in einem Geschäft thätig sei, nicht von den Vereinsvorgängen unterrichtet werde, ebenso wie die anderen Vorstandsmitglieder, und ersuchte die Versammlung, für den geschäftlich verhinderten 2. Vorsitzenden und für den abgereisten 2. Schriftführer bald Ersatz zu wählen. Der 1. Vorsitzende Kollege S. verteidigte sich damit, dass er von den Anwesenden zur Eröffnung der Versammlung gedrängt sei und das er Vereinsangelegenheiten nicht im Geschäft erledige. Mehrere Kollegen bedauerten, dass der 2. Vorsitzende so wenig Zeit habe und traten verschiedene für eine Ersatzwahl ein. Im Laufe der Debatte stellte es sich dann noch heraus, dass ein Beschluss die Versammlung um 8 Uhr zu eröffnen in der vorigen Versammlung garnicht gefasst wurde, sondern nur ganz beiläufig um pünktlichen Beginn der Versammlungen ersucht wurde. Hierauf wurde ein vom Kollegen Sch. gestellter Antrag, die Versammlungen stets pünktlich um 8 Uhr eröffnen angenommen. Schluss der von zirka 120 Kollegen besuchten Versammlung gegen 9 $\frac{1}{2}$ Uhr.
M. Sch.

Dresden, Filiale I. In der Versammlung der Lithographen und Steindrucker vom 28. Mai hielt Arbeitersekretär Kirchberg aus Dresden zunächst einen Vortrag über Arbeitsvertrag, zu Punkt 1 der Tagesordnung. Er führte aus: wie im Altertum alle werktätige Arbeit von Sklaven verrichtet und der letzte Rest der Anschauung, dass Arbeit immer mit einer gewissen Hörigkeit verbunden und somit etwas schimpfliches sei, erst durch die französische Revolution ihre Nachwirkung hinweggewischt seien; aber die Freiheit des Arbeiters bei Abschluss des Arbeitsvertrages sei auch unter der heutigen Gesetzgebung noch nicht vollständig gewährleistet. Der Arbeitgeber sei der überlegene, weil er die Arbeitsmittel in den Händen habe und der Staat müsse dem Arbeiter zu Hilfe kommen, um den letzteren vor zu grosser Ausbeutung zu schützen. Die Anfänge hierzu seien allerdings geschehen. Neben den gesetzlichen Bestimmungen, welche den Arbeitsvertrag regeln, hätte der Staat auch schon in die Selbstherrlichkeit der Arbeitgeber eingegriffen, indem er von zu grosser Ausnutzung der Kinder- und Frauenarbeit und in gesundheitsschädlichen Betrieben auch der Arbeitskraft des erwachsenen männlichen Arbeiters durch das Gesetz zu verhindern gesucht hätte. Die Arbeiter sollten aber fest zusammen halten, da das, was man erreicht hätte, noch zu wenig sei und man weitere Erfolge nur durch eine Verstärkung der Organisation erzielen könne. Der Referent liess sich über die einzelnen wichtigen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung und des Bürgerlichen Gesetzbuches aus und bot den Versammelten viel Belehrungen. Nachdem der Herr Referent das wichtigste über den Arbeitsvertrag zum Ausdruck gebracht hatte, schloss er seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag. Punkt 2, Aufstellung eines Wahlkomitees und Vorschlag der Delegierten zur General-Versammlung. Es wurden zum Wahlkomitee die Kollegen Weiss, Walther, Zimmermann und Georg Heerhaber vorgeschlagen, welche einstimmig gewählt wurden. Als Delegierte zur General-Versammlung wurden zunächst die Kollegen Albert Bessner und Paul Leinen vorgeschlagen, Kollege Hickmann führte zu dem Vorschlag des Kollegen P. Leinen an: da selbiger als Vorsitzender der Press-Kommission schon vertreten sein muss, den Kollegen von Niederselitz ein Mandat zu überlassen, dem

